



Gemeinsam laut für die Pressefreiheit: Solidarität muss grenzüberschreitend sein
Illustration: Zeynep Özatalay

Wir sagen Tschüss

taz.gazete geht zu Ende. Doch die Kämpfe für die Demokratie und Pressefreiheit gehen weiter

Liebe Leser*innen,
am Anfang stand viel Idealismus. Als taz.gazete am 19. Januar 2017, dem zehnten Todestag des armenisch-türkischen Journalisten Hrant Dink, online ging, erlebte die Türkei eine umwälzende Zeit. „Die aktuellen Entwicklungen sind schnelllebig, besorgniserregend, folgenreich, widersprüchlich, verwirrend, dramatisch, aufwühlend, traurig, ärgerlich, unübersichtlich ... Vor allem aber sind sie eins: wichtig“, schrieben wir im Editorial. Ein halbes Jahr zuvor war nach dem Putschversuch der Ausnahmezustand verhängt worden. Per Dekret wurden Pressefreiheit und Grundrechte in schwindelerregendem Tempo eingeschränkt. Die taz wollte nicht nur zuschauen, sondern Solidarität mit den Kolleg*innen zeigen, die in der Türkei viel riskierten, um weiterzuberichten. Wir wollten kritische Stimmen stärken, die immer mehr unter Druck gesetzt wurden. Seitdem haben wir auf gazete.taz.de rund 700 Hintergrundberichte, Reportagen und Interviews

Wir danken unseren Kolleg*innen in der Türkei sowie unseren Leser*innen und Spender*innen

veröffentlicht – auf Türkisch und auf Deutsch. Mehr als 50 Autor*innen aus der Türkei haben für taz.gazete geschrieben. Sie haben zu einer vielfältigeren TürkeiBerichterstattung in Deutschland beigetragen. Heute geht das Projekt zu Ende.

Doch die tief greifenden Veränderungen in der türkischen Gesellschaft gehen weiter. Heute findet zum ersten Mal nach 86 Jahren in der Hagia Sophia das Freitagsgebet statt. Mit dem neuen Internetgesetz sollen die sozialen Medien, in denen noch Opposition geäußert werden konnte, unter Kontrolle gestellt werden. Während in der Gesellschaft der Rassismus gegen Syrer*innen zunimmt, ertrinken weiterhin Geflüchtete an den Landesgrenzen. Die 27-jährige Studentin Pınar Gültekin wurde von ihrem Ex-Freund brutal ermordet. Währenddessen wird diskutiert, die in der Istanbul-Konvention formulierten Frauenrechte rückgängig zu machen. Erdoğan wiederum, der fürchtet, die Wahlen 2023 zu verlieren, redet lieber über eine erneute Änderung des erst vor zwei Jahren eingeführten Wahlsystems, als über Frauenmorde zu sprechen.

Blickt man nur auf die Ereignisse der vergangenen Wochen, wäre es naiv zu glauben, dass ein in Deutschland gegründetes Projekt die Demokratie in der Türkei stärken könnte. Trotzdem war taz.gazete ein wichtiges Projekt: eine Anlaufstelle für arbeitslose Journalist*innen aus der Türkei und ein Bezugspunkt für viele, die zuletzt nach Deutschland migriert sind. Es versuchte, die Pressefreiheit zu unterstützen, die jeder Demokratie zugrunde liegt, während in der Türkei alles, was mit Demokratie zu tun hatte, systematisch zerstört wurde. Auch wenn taz.gazete jetzt endet, die Kämpfe gehen weiter.

Wir danken unseren Kolleg*innen in der Türkei, unseren Leser*innen und Spender*innen, Konny Gellenbeck, der taz und der taz Panter Stiftung für ihre Unterstützung, der ersten Projektleiterin Fatma Aydemir, dem Ideengeber Martin Kaul, Ebru Taşdemir und dem gesamten Team sowie unseren Übersetzer*innen. Hoşça kalın!

Besuchen Sie das deutsch-türkische Webportal unter www.gazete.taz.de

Zuerst zogen sie die Stecker in der Regie

Mit dem Tag des Journalismus wird heute in der Türkei die Abschaffung der Zensur vor 112 Jahren gefeiert. Doch es gibt wenig zu feiern: Die Pressefreiheit ist nach wie vor bedroht

Von Banu Güven

Heute vor 112 Jahren, am 24. Juli 1908, wurde im Osmanischen Reich die Pressezensur abgeschafft. Das bedeutet nicht, dass die Presse seitdem immer frei war, aber seit dem gescheiterten Putschversuch vor vier Jahren wurde die Medienlandschaft in der Türkei so stark beschädigt wie lange nicht. Ich will mir gar nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn die Kader der Gülen-Bewegung erfolgreich gewesen wären. Doch die Abwehr ihres Putschversuches brachte einen Staatsstreich mit besonders langem Atem hervor, dessen Auswirkungen wir heute zu ertragen haben. Die Machthaber betrachteten den Coup als Gottesgeschenk und gingen radikal gegen sämtliche Gegner*innen vor: Wer etwas hinterfragt oder kritisiert, gehört bekämpft.

Am 4. Oktober 2016 wollten wir gerade mit unserer Redaktionskonferenz beim oppositionellen Fernsehsender IMC beginnen, da füllten sich unsere Büros mit Polizisten. Als Erstes zogen sie in der Bild- und Tonregie die Stecker. Die regierungsnahen Zeitung *Sabah* hatte schon ein paar Tage zuvor geschrieben, dass es jetzt aus sei für Sender, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellten. Sie meinten damit Kanäle mit einer linken Redaktionspolitik oder kurdischsprachigen Angeboten. Dabei gab es so viel zu berichten, so viele Fragen zu stellen. Also

krepelten wir die Ärmel hoch und fingen an, online zu publizieren. Unter dem Namen *HaberSizsiniz* („Ihr seid die Nachrichten“) berichteten wir auf Twitter und Facebook, so gut es ging. Wir wollten Widerstand leisten. Das machten wir freiwillig, ohne Einkommen, und mussten zeitgleich unter drastisch veränderten Umständen versuchen, unser Leben zu bestreiten. Manche von uns mussten ihre Mietwohnungen aufgeben oder gar in andere Städte umziehen. Man-

Die Regierung wollte die Menschen ohne Information – und damit ahnungs- und arglos – halten

che begannen, für Umfrageinstitute oder in einer Schreinerei zu arbeiten oder ein Café zu betreiben. Es gab nur noch wenige Medien, die nicht unter der Kontrolle der Regierung standen. Dort versuchte man, den unzähligen arbeitslosen Kolleg*innen Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen. Kaum jemand von uns konnte noch mit dem eigentlichen Beruf, Journalismus, seinen Lebensunterhalt bestreiten.

Medienhäuser im Ausland, denen die grenzüberschreitende Bedeu-

tung von Journalismus bewusst war, öffneten sich für uns, nicht zuletzt auch, um einen freien Informationsfluss zu gewährleisten. DW Türkçe ermöglichte uns, wieder aus der Türkei zu berichten, und das traditionsreiche türkischsprachige Programm des WDR schuf mit seinem Projekt „Türkei unzensuriert“ einen wichtigen Raum, in dem Journalist*innen den Maulkörben trotzen konnten.

Die taz schaffte mit dem Projekt taz.gazete für uns Journalist*innen in der Türkei regelrecht eine Sauerstoffversorgung. Wer etwas recherchiert hatte, klopfte bei taz.gazete an. Es gab Exklusivinterviews und Dossiers in zwei Sprachen. Die Regierung wollte die Menschen informationslos und damit ahnungs- und arglos halten. Doch dank der sozialen Medien konnten sich Onlineangebote wie taz.gazete in der Türkei rasch verbreiten. Unregelmäßig zwar, aber immerhin frei konnten Kolleg*innen dank dieser Plattform ihren Beruf ausüben. taz.gazete war eine bescheidene, aber wichtige Ressource im Überlebenskampf des Journalismus in der Türkei. Fast vier Jahre bestand das Projekt, und heute heißt es Abschied nehmen. Ich weiß, dass man von Solidarität nicht erwarten kann, dass sie ewig besteht, aber ich bin traurig, und ich bin ein wenig besorgt.

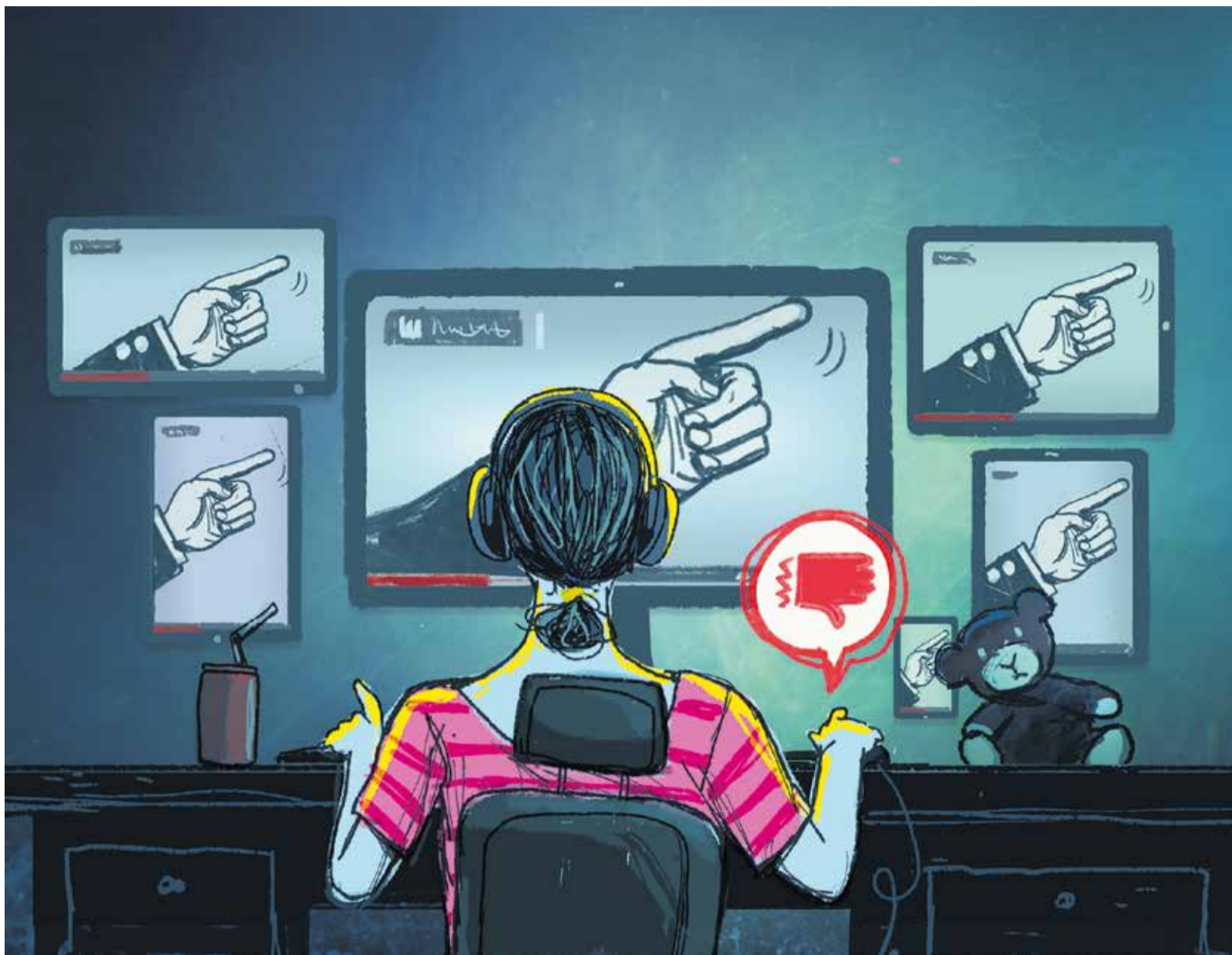
Denn die Situation in der Türkei ist in diesen vier Jahren nicht etwa besser geworden. Im Gegenteil, der Mainstream wird mittlerweile kom-

plett von Regierungsmedien ausgefüllt. Die wenigen unabhängigen Sender sind von Schließung bedroht. Investigativer Journalismus steht unter Generalverdacht und einige Kolleg*innen werden behandelt wie gefährliche Spione. Die Gefängnisse sind auch in Coronazeiten voll mit Journalist*innen. Auch die sozialen Medien will Erdoğan unter seine Kontrolle stellen.

Doch nicht nur unliebsame Nachrichten sind dem Staatspräsidenten ein Dorn im Auge, sondern auch Serien, die nicht seinen eigenen Werturteilen entsprechen. Vor Kurzem sagte er: „Seht ihr, warum wir gegen Youtube und Twitter und Netflix sind? Weil wir diese Morallosigkeiten beseitigen wollen!“ Die Regierung hat Erfahrung damit, Youtube, Twitter und sogar Wikipedia (drei Jahre) zu sperren. Sie weiß jetzt, dass Verbote keine langfristige Lösung sind, und sucht nach neuen Regulationsmechanismen. Nun müssen die Onlinedienste eigene Büros in der Türkei unterhalten, die dafür verantwortlich sein sollen, Nutzerdaten an die Regierung herauszugeben und auf Befehl hin Artikel oder Posts zu sperren.

Dabei wird Erdoğan auch dieses Jahr wieder eine vollmundige Ansprache zum Tag des Journalismus und der Presse halten. Solange er das tut, müssen wir zusammenhalten und zusammenstehen.

Aus dem Türkischen von Oliver Kontny



Die Generation Z zeigt dem Präsidenten, was sie von seiner Ansprache an die Jugend auf Youtube auf Youtube hält
Illustration: Zeynep Özatalay

Generation Dislike

Die Generation Z kennt keine andere Regierung als die AKP. Nun wird sie erwachsen, doch weder Opposition noch AKP haben ihr etwas anzubieten

Von **Ayşe Çavdar**

Die nach 2000 Geborenen sind in der Türkei in einem politischen Umfeld aufgewachsen, das immer schon von der AKP-Regierung geprägt und geformt worden ist. Wenn 2023, zum 100-jährigen Bestehen der Republik, die nächsten Wahlen stattfinden, wird mit sieben Millionen Menschen jede fünfte wahlberechtigte Person dieser Generation Z angehören. Die Generation Z ist jetzt schon der Hoffnungsschimmer der Opposition und der Albtraum der AKP. Die Opposition geht davon aus, dass es die AKP nicht schafft, diese Generation anzusprechen. Daher investiert sie massiv in eine Strategie, die auf zwei Hypothesen beruht: dass faire und freie Wahlen stattfinden werden und dass die jungen Menschen, die sich von der AKP abwenden, ihre Hoffnung in den Oppositionsparteien suchen werden. Ob sich die Generation Z jedoch ausgerechnet den etablierten Oppositionsparteien zuwenden wird, steht in den Sternen.

Die AKP versucht sich derweil selbst auf die Herausforderung vorzubereiten, die der digitale Wandel für die „Autorität, Hegemonie und Politik des Staates“ unweigerlich darstelle, wie der Partei-Vize Mahir Ünal Erdoğan im Juni in einer Präsentation darlegte. Diese Herausforderung zeigte sich, als im Juni unter Coronabedingungen landesweit die Aufnah-

meprüfungen für die Universitäten abgehalten wurden. Als die zentralisierten Prüfungen zunächst nach hinten verschoben, dann aber wieder willkürlich vorverlegt wurden, zeigten sich die Abiturient*innen erobert. Ihr öffentlicher Protest trendete auf Twitter. Niemand schenkte ihnen Gehör. Am Tag vor den Prüfungen veröffentlichte Erdoğan auf Youtube ein Livestreamvideo, um zu zeigen, wie viel Wert er als Präsident der Jugend seines Landes zumisst. Während des Livestreams zeigten Hunderte junger Menschen mit dem Hashtag #oymoyyok (in etwa: „Kannst du vergessen, dass ich dich wähle“), was sie davon hielten.

Als die Kommentarfunktion unter dem Video abgestellt wurde, begannen die Jugendlichen, das Video zu dislikten. Das war die Herausforderung, auf die der AKP-Vize Ünal hinwies: Diese Jugendlichen beugten sich nicht vor der Autorität des Staates, hielten mit ihrer Meinung nicht hinterm Berg und wussten sich im Internet auszudrücken. Die AKP bewertete die Reaktionen der Jugendlichen wenig überraschend als von illegalen Terrororganisationen organisierte Aktionen.

Das Projekt, eine „fromme Generation“ heranzuziehen, von dem Erdoğan seit den Gezi-Protesten 2013 offen spricht, kann als gescheitert angesehen werden. Laut Umfragewerten sinkt die Zahl der Menschen, die sich als religiös bezeichnen, wäh-

rend die Zahl der Atheist*innen in den vergangenen zehn Jahren gestiegen ist. Die Umfragefirma Gezici hat im Juni eine vielbeachtete Studie zur Generation Z vorgelegt, für die sie in 12 Provinzen Menschen unter 21 Jahren befragte. Unter den 1.062 Befragten (rund die Hälfte waren Frauen) sagten knapp 16 Prozent, regelmäßig einen Glauben zu praktizieren, rund 29 Prozent gaben an, keinen Glauben zu haben. Die befragten Jugendlichen interessierten sich zudem überwiegend nicht für die Kernthe-

Die Jugendlichen müssen die Rechnung für die Extravaganz der konservativen Generationen zahlen

men der AKP, sondern gaben an, dass ihnen besonders Themen am Herzen liegen, die von der AKP systematisch vernachlässigt werden. Für 83 Prozent waren Umweltthemen zentral, knapp 79 Prozent wünschten sich eine Anbindung der Türkei an die EU.

Seit der Bericht in den Medien vorgestellt wurde, reißen die Diskussionen im Fernsehen und in den sozialen Medien nicht mehr ab. Selbst vertreten ist die Generation Z aber in kei-

ner der Diskussionsrunden. Es schlägt auch niemand vor, darüber zu sprechen, was man diesen jungen Leuten anbieten könnte, damit sie sehen, dass man eine andere Politik macht als die AKP.

Kurz gesagt: Wir müssen uns auf eine Generation gefasst machen, die sich für die Tabus und No-Gos der AKP und der etablierten Oppositionsparteien keinen Deut interessiert, sondern deutlich sieht, dass ihr Leben und ihre Zukunft den Politiker*innen ohnehin nichts wert ist. Sie wird ihre eigenen Wege und Kanäle finden, um sich auszudrücken. Dank der Wirtschaftspolitik der AKP muss diese Generation mit einer hohen Schuldenlast leben. Eine Wirtschaftskrise, die man nicht so nennen darf, hat jetzt schon zu einer Rekordarbeitslosigkeit unter gut ausgebildeten, jungen Leuten geführt. Wenn die Oppositionsparteien angesichts dieser Situation weiterhin Politik machen, als wäre alles wie immer, bleibt kaum noch ein Unterschied zwischen ihnen und der AKP. Denn aktuell sind sie alle darauf ausgerichtet, den überalterten konservativen Wählergruppen den Bauch zu pinseln. Es waren diese Wählergruppen, die jahrelang die AKP an der Macht gehalten und den jungen Menschen exorbitante Schulden hinterlassen haben. Die Rechnung für die Extravaganz der konservativen Generationen zahlen die Jugendlichen. Aus dem Türkischen von Oliver Kontny

Die Zukunft des Journalismus ist transnational

taz.gazete hat Politik und Gesellschaft nie national, sondern grenzüberschreitend gedacht

Von **Volkan Ağar**

Vor ein paar Wochen haben in Wien türkeistämmige Rechtsextreme ein linkes Kulturzentrum angegriffen. Zum Glück waren die Türen des Ernst-Kirchweger-Hauses gut verriegelt. Schlimmeres konnte verhindert werden. Zuvor hatten jene Rechtsextremen eine Demonstration von kurdischstämmigen und anderen Linken angegriffen.

In den Tagen danach waren österreichische Zeitungen voll mit Texten über einen „Türken-Kurden-Konflikt“. Nicht nur der Boulevard blieb der Idee verhaftet, dass dieser Gewaltausbruch im migrantischen Bezirk Favoriten seine Ursprünge allein in der Türkei, nicht

gazete hat sich eingereicht in die Geschichte reger migrantischer Publikation in Deutschland

aber in Österreich habe. Wien-Favoriten wurde zum Symbol eines importierten Konflikts. Was für ein Denkfehler.

Nachdem die Leitartikel und Reportagen gedruckt waren, meldete sich der Wiener Politologe Ilker Ataç mit einer Analyse zu Wort. Sein Argument: Weil wir Politik in einer vernetzten, mobilen, transnationalen Welt immer noch national denken, schaffen wir es nicht, zu verstehen, was wirklich passiert ist. Nicht nur waren an den Auseinandersetzungen ohnehin in Österreich geborene Menschen beteiligt. Der „Türken-Kurden-Konflikt“ hat seine Wurzeln auch in einer jahrzehntelangen autoritären Haltung eines türkischen Staates, der Teil einer politisch-ökonomischen Weltgemeinschaft ist; und der auch deshalb in Wien ausbricht, weil europäische Staaten diese Haltung seit jeher tolerieren, um eigene Interessen zu sichern. Auch Österreich. Auch Deutschland.

Was hat das alles mit taz.gazete zu tun? Sehr viel. taz.gazete hat genau das gemacht, was Ataç vermisst: Politik nie als rein „türkische“ oder „deutsche“ Politik begriffen, sondern in transnationalen Zusammenhängen gedacht, diskutiert, berichtet: das europäisch-türkische Flüchtlingsabkommen und das damit gefestigte Grenzregime; der neue Istanbul Flughafen, auf dem auch deutsche Unternehmen mit großen Profiten mitmischen; Parlamentswahlen in beiden Staaten, vor denen mit diplomatischen Eskalationen mobilisiert wurde; ein Putschversuch in der Türkei und der darauffolgende Exodus nach Deutschland; oder der Rassismus, der immer noch die Lebensrealität derer prägt, deren Eltern einst als Gastarbeiter:innen nach Deutschland kamen.

Gewissermaßen hat taz.gazete damit einen Vorgeschmack auf den Journalismus der Zukunft gegeben, von dem immer alle reden. Denn dieser wird nicht nur digital, sondern auch transnational, vielleicht postnational. Nicht weil sich das cool anhört. Sondern weil das Nationale an Bedeutung verliert. So hat sich taz.gazete eingereicht in die Geschichte reger migrantischer Publikation in Deutschland. Und wie viele andere vor ihr findet nun auch taz.gazete ein Ende. Möglicherweise waren wir der Zeit einfach ein bisschen voraus. Möglicherweise werden wir noch ein paar weitere Jahre von importierten Konflikten lesen.

taz panterstiftung

Die taz Akademie fördert junge kritische JournalistInnen im In- und Ausland.

Spenden Sie jetzt für unsere geplanten Projekte im Herbst dieses Jahres

taz.de/spenden Ihre Spende ist steuerlich absetzbar



Illustration: Zeynep Özatalay

taz Panter Stiftung GLS-Bank Bochum BIC GENODEM1GLS IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

Infos unter: taz.de/stiftung | Tel. (030) 25 90 22 13